



Forschungsausgaben: Nach Anstieg folgt Stagnation

Drei Regierungsmitglieder sprachen sich beim Montagsgespräch des STANDARD für das bereits 2011 versprochene Forschungsfinanzierungsgesetz aus. Die Forschungsinvestitionen stagnieren jedoch.

Fabian Kretschmer

Wien – Nicht nur in Kalifornien werden große Technologien in Garagen erfunden: Als der Unternehmer Klaus Fronius vor einigen Jahren an einer Garage vorbeiführte und einen Tankwart beobachtete, wie der mit einem konventionellen Schweißgerät Stahl und Aluminium miteinander verband, ließ er sich kurzum dessen spezielle Technik erklären, setzte sie in Serienreife um – und heimste dafür vor fünf Jahren den Innovationsstaatspreis ein. Manchmal muss man Innovationen eben nur von der Straße auflesen.

In aller Regel braucht es aber ausreichend Geld, um eine gut aufgestellte Grundlagen- und Industrieforschung zu ermöglichen. Vor zwei Jahren kündigte die Bundesregierung ein hochgestecktes Ziel an: Bis zum Jahr 2020 wolle man die Forschungsausgaben von 2,79 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 3,76 Prozent erhöhen. Dafür wären rund fünf Milliarden Euro erforderlich. Derzeit liegen die Forschungsausgaben bei gerade einmal 2,81 Prozent.



Wolfgang Polt, Karlheinz Töchterle, Reinhold Mitterlehner, Doris Bures und Hannes Androsch (von links) debattierten zum Status quo der Forschung in Österreich. STANDARD-Chefredakteurin Alexandra Föderl-Schmid moderierte. Foto: Robert Newald

Außerdem stellte die Regierung ein Forschungsfinanzierungsgesetz in Aussicht, dessen Umsetzung seit letztem Jahr jedoch äußerst fraglich ist: Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) erachtete das Gesetz als „nicht mehr vordringlich“, da man die Stagnation seit der Finanzkrise überwunden habe.

Beim Montagsgespräch des STANDARD, welches der Frage „Ist Österreichs Forschung Spitzenklasse?“ nachging, wurde ein anderer Ton angeschlagen: Neben Mitterlehner sprachen sich auch Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) und Technologieministerin Doris Bures (SPÖ) geschlossen für ein Forschungsfi-

nanzierungsgesetz aus – wiewohl dies nicht mehr in dieser Legislaturperiode beschlossen werde.

Hannes Androsch, Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, hält die Zielsetzung der Regierung für ausgezeichnet, allein fehlt ihm der Glaube, dass der Plan auch in die Tat umgesetzt wird. Tatsächlich stiegen die Forschungsausgaben im Jahr 2011 von 8,16 Milliarden auf heuer 8,96 Milliarden, doch laut dem neuen Finanzrahmen der Regierung werden die Ausgaben bis 2017 wieder stagnieren.

Ebenfalls stagnieren die privaten Forschungsinvestitionen bei derzeit knapp 44 Prozent – noch weit entfernt von den angestreb-

ten 66 Prozent im Jahre 2020. Im Vergleich zu vielen EU-Ländern gab es in Österreich keinen krisenbedingten Einbruch der Forschungsmittel. Ministerin Bures lobt vor allem die angewandte Forschung: „Mehr als 80 Prozent aller Patente aus der Industrie kommen auch auf den Markt.“

In sieben Jahren soll Österreich laut Regierung in Rankings an die Spitzengruppe der Skandinavier aufschließen. Im Innovation Scoreboard der Europäischen Kommission liegt die heimische Forschung derzeit auf Rang neun, 2009 war es der sechste Platz. „Rankings sind Gift für die Politik – vor allem, wenn sie direkt auf politisches Handeln übertragen

werden“, relativiert Wolfgang Polt, Leiter des Zentrums für Wirtschafts- und Innovationsforschung am Joanneum Graz.

Die Situation der Forschung hängt auch mit der Akzeptanz in der Gesellschaft zusammen – und dort ortet Minister Töchterle Nachholbedarf, den man bereits im Bildungssystem korrigieren müsse. Er verwies auf die neue Lehrerausbildung, die noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werde und so die Grundlage schaffe, um mehr Schüler für Fächer zu begeistern. Derzeit haben in Österreich 21 Prozent aller 15- bis 34-Jährigen einen Studienabschluss, im OECD-Schnitt sind es 38 Prozent. **Forschung Spezial Seite 14**